

# Tägliche Sorge ums wenige Geld

**REGION** In vielen Ländern ist Altersarmut ein Problem. Die Schweiz steht im internationalen Vergleich hingegen gut da. Aber es gibt Faktoren, die Altersarmut begünstigen. Eine Betroffene aus der Region erzählt von ihrem Alltag – mit wenig Geld und einem Hoffnungsschimmer.

Christina Meier\* aus Greifensee ist eine zierliche Frau. Sie spricht breites Baslerdeutsch. Beim Sprechen fallen der fast 70-Jährigen die aschblonden Haare ins Gesicht, sie streicht sie sich immer wieder hinter das Ohr zurück. Meier hat seit 1990 sieben Operationen wegen Diskushernien hinter sich. Sie leidet unter ständigen Schmerzen, lange sitzen kann sie nicht. Hund Lucy\* liegt entspannt zu ihren Füßen in der Sonne. Meier stellt gleich zu Beginn klar: «Mir geht es nicht darum, mich in der Öffentlichkeit zu beklagen.»

Sie ist dankbar dafür, dass die Gesellschaft sie in ihrer finanziellen Notlage unterstützt. Meier bezieht Ergänzungsleistungen, weil ihr die AHV-Rente von 2000 Franken nicht zum Leben reicht. Vermögen hat sie keins mehr. Dass sie als Schweizer Bürgerin, die ihr Leben lang gearbeitet hat, so unten durch muss, ärgert sie. Kein Geld zu haben findet sie «gshämig», sie spricht nicht gern darüber. Vor ihren vermögendere Freundinnen in Greifensee hält sie ihre Armut, so gut wie möglich, geheim.

## Der langsame Abstieg

Christina Meier schlitterte ganz langsam in die Schwierigkeiten. Ihr Leben lang half die gelernte Krankenschwester anderen auf die Beine: Sie pflegte selbst jahrelang Senioren im Spital und bei der Spitex, schulte dann auf Naturheilpraktikerin um, wofür sie ihre Pensionskassengelder nutzte, ehe sie die Rückenprobleme und die Diskushernie zur Aufgabe ihrer Berufstätigkeit zwingen.

Heute ist sie selbst auf Hilfe angewiesen. «Das fällt mir, ehrlich gesagt, nicht leicht», sagt sie und schaut zu Boden. Sie hatte zunächst versucht, die finanziellen Löcher über Schulden zu stopfen. Ein Fehler, wie sie nach den ersten Betreibungen feststellen musste. Sie holte sich Hilfe, beantragte Ergänzungsleistungen und sparte sich ihre Schuldenrückzahlungen vom Mund ab.

## Glück im Unglück

Die Krankenkassenprämien übernimmt die Gemeinde Greifensee, die Steuern auf ihre AHV muss Meier aber selbst bezahlen. Das sei nicht einfach bei einem Budget von rund 3145 Franken im Monat. «Aber eigentlich habe ich noch Glück: Hätte ich keine so günstige Wohnung, würde es richtig eng.»

Meiers Alltag ist eintönig: Schlafen, aufstehen, ein Spazier-

gang mit Hund Lucy. Wieder liegen, wegen des Rückens. Fernsehen, spazieren, sich mit Freunden treffen, wieder liegen. Essen. Nochmals mit Lucy raus, schlafen. Trotz allem schenkt sie den Menschen um sich herum ein Lächeln. Geld für ausgiebiges Kaffeetrinken mit Freundinnen hat sie nicht. Einladungen schlägt sie meist aus. «Eine Ahnung werden meine Freundinnen sicher haben», sagt sie. Obwohl sich Meier bemüht, ihre klamme Briefftasche zu verbergen.

## Nur wenige wissen davon

Ihre Vermieterin ist eine der wenigen, die Bescheid wissen. Sie nimmt Rücksicht, ohne sie zu bemuttern. Sie weiss, dass die Miete von 1100 Franken jeweils erst um den 10. des Monats kommt, weil Meiers AHV und die Ergänzungsleistungen erst am 6. ausbezahlt werden.

«Das ist ein Glücksfall für mich», sagt Meier. An früheren Wohnorten wurde sie regelmässig gemahnt und musste dafür zusätzliche Gebühren tragen. Von ihrer Vermieterin leiht sie sich auch schon mal 100 Franken. «Ich zahle es ihr aber immer zurück», betont Meier. Sie will

«Kein Geld zu haben ist gshämig.»

Christina Meier\*,  
Seniorin aus Greifensee

niemandem auf der Tasche liegen.

Altersarmut ist wohl gerade wegen dieser Verschwiegenheit und Scham in der Schweiz kein allzu bekanntes Phänomen. Für die meisten Pensionäre reichen AHV und die Pensionskasse zu einem anständigen Leben.

Reichen die beiden ersten Säulen aber dennoch nicht, weil man etwa nur in Teilzeit gearbeitet hat oder der Schritt in die Selbstständigkeit scheiterte, unterstützen die Gemeinden die Be-

der Lage, alle Rechnungen pünktlich zu bezahlen. Die Altersarmut ist in der Schweiz seit den 1990er Jahren relativ konstant. Denn in der Generation, die jetzt ins Pensionsalter kommt, waren viel mehr Frauen berufstätig. Damit sind Frauen etwas weniger von der Armut betroffen. Das führt auch dazu, dass mehr Neurentner über eine 2. Säule verfügen, als dies bei den hochbetagten Personen der Fall ist. Die Reserven der Pensionäre werden also tendenziell grösser.

Vor zu viel Euphorie warnt allerdings Carlo Knöpfel, Armutsex-



Jeder zehnte Senior in der Region bezieht Ergänzungsleistungen.

Symbolbild fotolia.de

troffenen mit sogenannten Ergänzungsleistungen. Schwierig zu überleben ist es für ältere Menschen besonders dann, wenn sie Vermögen – zum Beispiel das Haus – an die Kinder verschenkt haben.

Noch gravierender für den Einzelnen sind die relativ tiefen Beiträge an die Mietzinsen. So werden Einzelpersonen wie Christina Meier 1100 Franken für die Miete angerechnet, was nicht mehr den aktuellen Marktpreisen in der Schweiz entspricht. Das Parlament ringt zurzeit um eine Anpassung dieser Beträge (siehe Box «Kampf um Wohnung und Vermögen»). Viel grösser werden die Beiträge allerdings nicht werden.

## Viele wissen sich zu helfen

«Glücklicherweise wissen sich inzwischen viele ältere Menschen dank der verfügbaren Informationen zu helfen», erklärt Gudrun Gwisdek, Teamleiterin Sozialberatung beim Dienstleistungszentrum Oberland von Pro Senectute Kanton Zürich in Wetzikon. Vorbehalte, sich bei Beratungsstellen zu melden und um Unterstützung nachzufragen, hätten eher Personen über 80 Jahren. Die meisten Rentner, die über bescheidene finanzielle Ressourcen verfügen, könnten ihre Gesamtsituation irgendwann akzeptieren und seien mit der Unterstützung durch Ergänzungsleistungen zufrieden.

Gwisdek ist der Meinung, dass man mit Ergänzungsleistungen leben kann, wenn man bereit ist, sich einzuschränken. Es komme aber sicher auf die Einstellung des Betroffenen an. «Eine gewisse Bescheidenheit ist nötig, sonst kommt man nicht über die Runden.» Vielen fällt es auch schwer, gegenüber den Behörden Rechenschaft über ihre schwierige

Situation abzulegen, sagt Gwisdek mit der Gewissheit von 30 Jahren Berufserfahrung. «Ich kann verstehen, dass das als schwierig empfunden wird, doch die Behörden sind auch dem Bürger Rechenschaft schuldig.» Gwisdek sagt: «Unwissenheit schützt vor Folgen nicht.»

Ihr ist es wichtig, älteren Menschen die nötigen Informationen hinsichtlich der Komplexität der Sozialversicherungen und auch

«Man kann von Ergänzungsleistungen leben, wenn man bereit ist, sich einzuschränken.»

Gudrun Gwisdek,  
Teamleiterin Sozialberatung  
bei der Pro Senectute

die Kraft zu geben, sich einer schwierigen Situation zu stellen, sich bei den Beratungsstellen zu melden und Entlastungsmöglichkeiten abzuklären. «Dies ist der erste Schritt.» Die Beratungsstellen helfen weiter, wenn zum Beispiel teure Anschaffungen wie ein Hörgerät nötig werden. In den grösseren Oberlän-

der Gemeinden zeigt sich, dass etwa 2 bis 3 Prozent der Bevölkerung Ergänzungsleistungen zur AHV/IV beziehen. Von der Bevölkerung über 65 Jahren sind es zwischen 6 und 12 Prozent, das entspricht in etwa dem Schweizer Mittel. In den Städten Uster, Dübendorf und Wetzikon betrifft das jeweils zwischen 380 und 550 Personen.

## Langfristige Perspektive

Die finanziellen Sorgen und die Angst vor einer teuren Rechnung, zum Beispiel fürs Auto, rauben Christina Meier zuweilen den Schlaf. Sie ist auf das Auto angewiesen, lebt fernab vom ÖV-Betrieb und kann wegen ihrer Rückenschmerzen weder weit laufen noch die Einkäufe selber tragen.

«Diese Angst vor grossen Rechnungen sitzt mir ständig im Nacken, aber ich versuche sie auszublenden», sagt Meier. So merkt man ihr im Gespräch nicht an, welche Sorgen sie plagen. Denn sie hat sich eine Perspektive geschaffen. Meier hat sich für ein Altersheim in einem Seitental im Tessin angemeldet.

«Ich frage mich ständig, was mit mir passiert, wenn ich nicht mehr auf mich selbst achten kann», sagt Meier. Im Tessin könne sie für etwas über 1350 Franken im Monat in ein Heim und habe eine Perspektive mit weniger Sorgen. «Das ist meine einzige Chance, auf meine alten Tage nochmals an einen schönen Ort zu kommen.»

Malte Aeberli

\*Namen von der Redaktion geändert

## DER KAMPF UM WOHNUNG UND VERMÖGEN

### Anpassung von Ergänzungsleistungen

Der Handlungsbedarf in Sachen Ergänzungsleistungen (EL) ist auch im Parlament unbestritten. Heute gibt die Schweiz rund 4,4 Milliarden Franken für EL aus. Die Ausgaben haben sich dadurch in nur 15 Jahren mehr als verdoppelt. Für die Betroffenen ist vor allem der Anteil an den Mietkosten relevant. Der entspricht nicht mehr der Marktrealität: Einzelpersonen erhalten heute 1100 Franken, zwei Personen zusammen 1'250 Franken.

Deshalb hat der Ständerat eine Anpassung beschlossen: In Zentren wie Zürich oder Genf sollen neu maximal 1370 Franken respektive 1620 Franken angerechnet werden können. In Städten wie Winterthur oder Agglomerationsgemeinden wie Uster 1325

Franken respektive 1575 Franken. In den übrigen Gemeinden sind Maxima von 1210 und 1460 Franken vorgesehen. Linke wie bürgerliche Ratsmitglieder kritisieren die neuen Mietbeiträge.

Anders als bei den Mieten soll bei den Krankenkassenprämien gespart werden. Als Massstab für die Festlegung des Beitrages soll neu die Prämie des dritt-günstigsten Anbieters herangezogen werden, um Leistungsbe-züger dazu zu bewegen, den Anbieter zu wechseln. Dadurch kann der Staat pro Jahr 170 Millionen Franken sparen. Ausserdem hat der Ständerat weitere Einsparungen bei den Vermögensbeiträgen beschlossen. Das Geschäft wird im Herbst im Nationalrat behandelt. mae/sda

## SVP-Kantonsrat Wyss geht gegen Dübendorf vor

**DÜBENDORF** Dass die Stadt Dübendorf das Referendumskomitee der Heimkosten-Abstimmung unterstützt hat, soll für unzulässig erklärt werden. SVP-Kantonsrat Orlando Wyss hat eine entsprechende Beschwerde eingereicht.

Zahlreiche Zürcher Gemeinden sind gegenüber der vorgesehenen Gesetzesanpassung bei der Heimkosten-Abrechnung skeptisch eingestellt: 67 von ihnen haben denn auch das Referendum gegen die Änderung des Gesetzes über die Jugendheime und Pflegekinderfürsorge ergriffen. Mehrere wollten sich vor der Abstimmung am 24. September auch in die Diskussion einbringen. So beabsichtigte etwa Illnau-Effretikon, das Gegen-Komitee mit 5000 Franken zu unterstützen. Dübendorf hat diesem 4500 Franken zugesichert.

Im Fall von Illnau-Effretikon hiess die Direktion der Justiz und des Innern in der vergangenen Woche eine Beschwerde des SVP-Kantonsrats René Truninger gut: Die Stadt sei von der geplanten Gesetzesänderung nicht stärker betroffen als andere Gemeinden (wir berichteten).

## «Nicht opportun»

Eine Beschwerde des Dübendorfer SVP-Kantonsrats Orlando Wyss wies die Direktion indes ab. Der Stadt Dübendorf müsse es – als einer der 67 Referendums-gemeinden – möglich sein, ihre Position im Abstimmungskampf einzubringen. Wyss sieht das anders: Dübendorf sei von der kantonalen Volksabstimmung nicht stärker betroffen als andere Gemeinden, schreibt er in seiner Beschwerde ans Zürcher Verwaltungsgericht. Das blosses Mitwirken an einem Referendum führe nicht automatisch zu einer besonderen Betroffenheit, denn Gemeinden könnten sich auch aus Sympathie beteiligen.

Der Stadtrat habe zwar zulässigerweise das Referendum ergriffen, diesem sei es auch nicht verboten, seinen Standpunkt nun in der geeigneten Weise und mit der gebotenen Sachlichkeit, Zurückhaltung und Fairness darzulegen. Aber der Beitritt zu einem Abstimmungskomitee und die Mitfinanzierung einer Kampagne mit Steuergeldern sei nicht opportun, so Wyss.

## Bundesgericht will Anpassung

Die Stimmberechtigten befinden am 24. September über die Gesetzesänderung. Regierungsrat und Kantonsrat wollen die langjährige Praxis der gemeinsamen Finanzierung von Kinder- und Jugendheimplatzierungen durch Kanton, Gemeinden und Eltern beibehalten. Die Gesetzesanpassung ist nötig, weil das Bundesgericht festhielt, dass eigentlich der Kanton die gesamten Kosten für eine Heimplatzierung tragen müsste – für eine Kostenbeteiligung der Gemeinden bestehe keine Rechtsgrundlage. sda

## Wie der Wald sich entwickelt

**USTER** Am 9. September führt Kreisforstmeister Samuel Wegmann durch den Jungholzwald und erklärt Interessierten, wie sich der städtische Wald entwickelt hat. Der Spaziergang von 10 bis 12 Uhr findet bei jedem Wetter statt. Treffpunkt ist der Parkplatz bei der Kläranlage in Niederuster. zo

## ALTERSARMUT IN DER SCHWEIZ

### 570'000 Menschen von Armut betroffen

In der Schweiz sind gemäss Angaben des Bundesamtes für Statistik rund 570'000 Menschen von Armut betroffen, 13,9 Prozent davon sind Personen über 65 Jahren; wobei in der Statistik nur nach dem Einkommen gefragt wurde. Viele Pensionäre können jedoch auf Vermögensbestände zurückgreifen, um die laufenden Ausgaben zu bestreiten.

Entsprechend seien diese deutlich weniger von materiellen Entbehrungen betroffen als jüngere Altersgruppen. Beispielsweise waren lediglich 1,9 Prozent der Personen im Rentenalter nicht in

der Lage, alle Rechnungen pünktlich zu bezahlen. Die Altersarmut ist in der Schweiz seit den 1990er Jahren relativ konstant. Denn in der Generation, die jetzt ins Pensionsalter kommt, waren viel mehr Frauen berufstätig. Damit sind Frauen etwas weniger von der Armut betroffen. Das führt auch dazu, dass mehr Neurentner über eine 2. Säule verfügen, als dies bei den hochbetagten Personen der Fall ist. Die Reserven der Pensionäre werden also tendenziell grösser.

Vor zu viel Euphorie warnt allerdings Carlo Knöpfel, Armutsex-

perte an der Fachhochschule Nordwestschweiz, gegenüber dem Schweizer Radio und Fernsehen SRF: Den ärmsten zehnten Prozent der Pensionäre gehe es nach wie vor schlecht. Und auch die Rentenschere zwischen Frauen und Männern schliesse sich nur langsam. Der sogenannte «Gender Pension Gap» in der Schweiz ist denn auch nach wie vor gross: Im Durchschnitt sind die Renten der Frauen heute 37 Prozent oder fast 20'000 Franken pro Jahr tiefer als die Renten der Männer. mae/sda